V0693/24

Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Grundsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)
(Referenten: Herr Fleckinger, Herr Müller)

Antrag:

1. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung gem. der beigefügten Hebesatzsatzung Anlage 1 (GrSt B: Hebesatz 530 mit grünem und gelbem Konsolidierungspotential, GrSt A: Hebesatz 390) festgesetzt.
2. Nur sofern Antragspunkt 1 keine Beschlussmehrheit findet:
Die Hebesätze werden gem. der beigefügten Hebesatzsatzung Anlage 2 (GrSt B: Hebesatz 500 mit grünem Konsolidierungspotential, GrSt A: Hebesatz 390) festgesetzt.
3. Nur sofern die Antragspunkte 1 und 2 keine Beschlussmehrheit finden:
Die Hebesätze werden gem. der beigefügten Hebesatzsatzung der Anlage 3 festgesetzt (GrSt B: Hebesatz 475, aufkommensneutraler Hebesatz mit Korrekturzuschlag, GrSt A: Hebesatz 390).

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	15.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 15.10.2024

Ungeachtet der angespannten Haushaltslage lehne die SPD-Stadtratsfraktion die Erhöhung der Grundsteuer ab. Allen, die sich dagegen aussprechen, müsse bewusst sein, dass man im Bereich der freiwilligen Leistungen den Rotstift nochmals größer ansetzen müsse. Er bittet, diesen Punkt nochmals zur Beratung zurück in die Fraktionen zu verweisen, um gerade nach dem heutigen Finanzlagebericht über die neuen Zahlen zu sprechen. Man müsse sich aber schon bewusst sein, wenn man die Einnahmenseite nicht verbessere, dass dies für die Ausgabenseite nicht gut sei.

Für Stadträtin Peters sei es wichtig, sich hier nochmals intensiv zu beschäftigen. Dabei verweist sie auf ihr Bauchgefühl, das keine Erhöhung fordere. Wenn sie aber nach dem Verstand handle, spreche sie sich für eine Erhöhung aus. Weiter verweist sie auf ein Gespräch mit Herrn Bendzko, der ihr auf Nachfrage mitgeteilt habe, was dies für die GWG bedeute. Seiner Einschätzung nach werde die GWG bei einem Hebesatz von 530entsprechende Mehrausgaben zu verzeichnen haben. Für die Mieter bedeuten dies Mehrkosten von ca. 20.000 Euro. Dies sei nach seinen Worten relativ wenig. Weiter verweist Stadträtin Peters auf die Stadt München, die ein Callcenter für die Beantwortung der Anfragen zu diesem Thema eingerichtet habe. Da dies ein so kompliziertes Thema sei, spricht sie sich auch für eine Beratung in den Fraktionen aus.

Für Stadtrat Schäuble sei es nun nicht verständlich, ob sich die SPD dafür oder dagegen ausspreche. Seine Gruppierung spricht sich für den niedrigsten Satz aus. Auch er spricht sich für die Verweisung in die Fraktionen aus. Weiter erläutert er, warum er gegen die Erhöhung sei. Stadtrat Schäuble verstehe die Nöte des Finanzreferenten und dass eine Refinanzierung des Haushalts schwierig werde. Aber bei Betrachtung aller Ausgaben, auch

der Tochterunternehmen, sei noch nicht die Zeit gekommen, um über eine Steuererhöhung nachzudenken. Es gebe noch genug Potential, um harte Einschnitte zu tätigen. Insofern sei es aktuell keine Option, die Grundsteuerhebesätze anzuheben. Der Ziffer 3 – mit einem Hebesatz von 475 – könne er zustimmen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine Erhöhung nicht angezeigt, so Stadtrat Stachel. Die Stadt habe die Verpflichtung, diese Gesetzesänderung aufkommensneutral umzusetzen. Es sei fraglich, ob dies funktioniere oder nicht und ob es zu viel oder zu wenig werde. Wenn man merke, wo die Reise hinführe und man es zeitlich nicht geschafft habe, wirklich ernsthaft und entscheidende Sparmaßnahmen zu finden, die den Haushalt wieder auf ordentliche Füße stelle, komme man vielleicht an einer solchen Erhöhung nicht herum. Aber zuerst das Signal zu senden, man schraube am Hebesatz und mache den Sprung nach oben, sei für die FW-Stadtratsfraktion nicht in Ordnung.

Da man für die Bevölkerung gerade in Zeiten der Inflation keine zusätzliche Belastung wolle, sei vor längerer Zeit keine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes vereinbart worden. Weiter verweist Stadtrat Wittmann auf zwei wesentliche Gründe, die gegen eine Erhöhung sprechen. Zum einen müssen die neuen gesetzlichen Regelungen umgesetzt werden. Hier gebe es bereits eine große Verunsicherung in der Bevölkerung. Wie bekannt sei, gebe es unterschiedliche Hebesätze, wo Grundstückseigentümer bis zum Zehnfachen mehr bezahlen müssten. All diese Tatsachen verbieten momentan den Hebesatz anzuheben. Bei 475 Punkten gehe die CSU-Stadtratsfraktion mit, weil diese aufkommensneutral seien. Der Grundsatz sei immer eine aufkommensneutrale Grundsteuer gewesen. Das zweite sei, so Stadtrat Wittmann, dass das Geld immer noch sehr locker ausgegeben werde, obwohl man überall vom Sparen spreche. Im letzten Stadtrat habe man über zwei Mio. Euro ausgegeben, die es momentan nicht gebraucht hätte. Insofern sollen die Bürger mit einer Anhebung der Grundsteuer B nicht belastet werden.

Die AfD-Stadtratsfraktion werde nur einem aufkommensneutralen Hebesatz zustimmen, so Stadtrat Schülter.

Stadtrat Deiser verweist auf die PowerPoint-Präsentation und merkt an, dass diese nicht ganz aussagekräftig sei. (Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei.) Es sei bekannt, dass man in Ingolstadt 15 Punkte benötige, um aufkommensneutral zu werden. Er fragt nach, wie dies bei anderen Städten sei und ob es Ausreißer gebe, die 100 Punkte benötigen um aufkommensneutral zu werden.

Herr Fleckinger verweist auf die Umfrage der Kämmerei, die anhand der Präsentation aufgezeigt werde. Im Wesentlichen seien die sehr hohen Hebesätze der anderen Städte, die nun zur Beschlussfassung vorliegen, in der Nähe der Aufkommensneutralität. Es gebe nur wenige Städte, die einen gewissen Punkteaufschlag vornehmen, um Mehreinnahmen zu generieren. Für Herrn Fleckinger seien die Beträge in Augsburg nicht nachvollziehbar, wo bekannt sei, dass diese eine schwierige Finanzsituation haben. Verwunderlich seien Städte wie Erlangen, Würzburg und Regensburg, die deutlich nach oben gehen. Auch hier gebe es Ankündigungen zu deutlich sichtbaren Anpassungen nach oben. Herr Fleckinger verweist auf die Anregung, den TOP zurück in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat zu verweisen. Der Finanzreferent wirbt nochmals intensiv für die Verwaltungsvorlage. Die vorliegenden Zahlen seien deutlich und man sei in einer Situation, die wirklich jede Möglichkeit der Einnahmengenerierung wahrnehmen sollte. Weiter zitiert Herr Fleckinger aus verschiedenen Medienberichten, welche Aufgabenbereiche der Stadtrat einer Konsolidierung nicht unterwerfen wolle. Er frage sich, wie dies unter diesen Voraussetzungen dann alles funktionieren solle, wenn man auf der anderen Seite dieser relativ moderaten Anhebung auf 530 Punkte nicht zustimme. Weiter verweist er auf eine Präsentation hierzu. Diese liegt dem Protokoll als Anlage bei. Man müsse wissen, dass gerade einkommensschwächere Gruppen auch das Thema Wohngeld auf ihrer Seite haben. So gebe es hier auch Ausgleichsmöglichkeiten. Herr Fleckinger wisse nicht, weshalb diese Ablehnung gefahren werde. Die Argumentation, die Bürger nicht zu belasten, sei schwierig,

woher solle das erforderliche Geld im Haushalt kommen, wenn nicht durch eine sorgsame Finanzpolitik. An die Stadträte gewandt stünde er bzgl. der schwierigen Finanzlage und auch des Erfordernisses für entsprechende Einsparungen bei ihnen. Herr Fleckinger wirbt nochmals für eine moderate Erhöhung und merkt an, dass es seit dem Jahr 2004 keine Erhöhung der Grundsteuer B gegeben habe. Er informiert, dass die Stadt München nicht nur die Grundsteuer B auf 824 Punkte, sondern auch die Grundsteuer A parallel in gleicher Höhe gezogen habe. Dies seien ganz andere Dimensionen. Er sichert zu, die Grundsteuer A mit dem neuen Hebesatz aufkommensneutral zu versehen. Der Finanzreferent bittet seinen Appell mit in die Fraktionen zu nehmen und sorgsam die Entscheidung abzuwägen.

Stadtrat Höbusch nehme das Stimmungsbild mit in die Fraktion. Ihm sei wichtig, dass die soziale Komponente bei den entsprechenden Vorschlägen gewahrt werde. Dies würde er bei den Varianten durchaus als gewahrt sehen. Die Umsetzung der Konsolidierungsliste sei aber schwierig, ohne dies für den Bürger spürbar zu machen.

Stadtrat Köstler zeigt sich erfreut über die Aufstellung der Auswirkungen auf die Mieten. Für ihn wären auch die Auswirkungen auf das Wohngeld und wie viele zusätzliche Anträge kommen werden, interessant gewesen. Da dies eine schwere Aufgabe sei, werde er dies nicht fordern. Er gehe aber davon aus, dass sich die Anträge im Rahmen halten werden. Die ödp-Stadtratsgruppe spreche sich für 530 Punkte aus, werde dies aber nochmals in der Gruppe besprechen. Nach seinen Worten solle die Konsolidierungsliste nochmals sehr ernst geprüft werden, um mehr Einsparpotentiale zu finden. Ohne Einsparungen sei der nächste Haushalt nicht zu beschließen. Aber alleine diese Erhöhung sei nicht die Lösung der Probleme.

Stadtrat Lange merkt an, dass er in der gestrigen Fraktionssitzung für die Verwaltungsvorlage plädiert habe und dem Hebesatz von 530 Punkten folge. In den letzten Monaten sei mehrfach versucht worden, den Weg einschließlich durch Einsparungen auf der Ausgabenseite zu gehen. Dies funktioniere aber nicht. Nun habe man festgestellt, dass man nun über gewisse Dinge nachdenken müsse. Dies wolle man aber, vielleicht im Hinblick auf den beginnenden Wahlkampf, nicht anpacken. Wenn man aber ehrliche Haushaltspolitik betreibe, müsse man dies aber angehen. Stadtrat Lange appelliert an seine Stadtratskollegen und regt an, wenn diese ehrliche, transparente Haushaltspolitik fahren wollen, sollen diese ergebnisoffen in der Fraktionssitzung diskutieren. Er glaube schon, dass es schon wichtig sei einen Haushalt aufzustellen, der genehmigungsfähig ist.

Selbst wenn aufgrund der Grundsteuererhöhung zusätzliche Wohngeldanträge gestellt werden, belaste dies den Haushalt der Stadt nicht, so Herr Fischer. Das Wohngeld werde jeweils zur Hälfte vom Bund und vom Freistaat bezahlt. Insoweit verblieben die Einnahmen vollständig bei der Stadt. Auch bei den Unterkunftskosten im Bürgergeld bezahle über zwei Drittel der Bund. Die Bürgergeldhaushalte würden nicht belastet, weil die Erhöhung der Grundsteuer, die der Vermieter umlege, wieder entsprechend über das Bürgergeld erstattet werden. Herr Fischer merkt an, dass zu mehr als zwei Dritteln aus Bundesmitteln und nur ein geringer Anteil aus städtischen Mitteln erstattet werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei nicht der Auffassung, dass in Ingolstadt das Geld noch locker sitze. Die Einnahmesituation ist alles andere als solide, die Gewerbesteuer breche ein und die Ausgaben galoppieren davon. Bei Betrachtung des immensen Investitionsbedarfs stehe alleine im Bildungsbereich viel aus. Hier sei schon einiges im ersten Halbjahr geleistet worden. Mit der ersten Konsolidierungsrunde habe man nicht gerade wenig eingespart. Aber dies reiche nicht aus und man müsse auf jeden Fall bei der Potentialliste in den gelben und roten Bereich gehen. Bei Ablehnung der Grundsteuererhöhung müsse man noch tiefer in diese Bereiche einsteigen, denn irgendwo müsse man das Geld herbekommen. Die Argumentation, die Grundsteuer abzulehnen, um die Bürger nicht weiter zu belasten, liege völlig daneben. Wenn man die Bürger nicht bei der Grundsteuer belaste, dann woanders, indem man im roten und gelben Bereich anderweitige Leistungen streiche oder bei den

Beteiligungsgesellschaften spare. Um Einsparungen zu erzielen, könne man ein Schwimmbad sperren. Dies bleibe aber der politischen Beurteilung überlassen, inwieweit dies den Bürger mehr belastet. Bei Betrachtung der Vergleichswerte im Geschossbau habe man eine Erhöhung von 14 Euro im Jahr. Mit einer solchen Größenordnung könne man leben. Wenn die Stadt bei 475 Punkten bleibe habe dies zur Folge, dass Ingolstadt künftig das Schlusslicht unter allen bayerischen Großstädten in Bayern ist. Weiter verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die letzte Erhöhung im Jahr 2004. Insofern sei diese moderate Erhöhung vertretbar. Wenn der Stadtrat mit dieser Erhöhung nicht mitgehe, dann müssen andere Sachen zur Einsparung vorgeschlagen werden. Hierzu liegen die Listen vor. Den Haushalt im Jahr 2025 werde man vor allem in der Mittelfristplanung nicht hinbekommen. Solange Oberbürgermeister Dr. Scharpf im Amt sei, werde er die nächste Konsolidierungsrunde mit anschieben. Dies sei aber nur ohne Wahlkampf möglich.

Den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf könne sich Stadtrat Lange nur anschließen. Zur Versachlichung der Diskussion merkt er an, dass er niemanden kenne, der einen Bescheid mit einem mehrfachen Messbetrag erhalten habe. Weiter verweist er auf die aufgeführten Zahlen der Präsentation und betont, mit den echten Zahlen zu arbeiten, damit in der Öffentlichkeit nicht der falsche Eindruck entstehe, dass dies für manche den Ruin bedeute. Davon sei man meilenweit entfernt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll findet die Beispiele der Präsentation sehr hilfreich. Es sei ersichtlich, dass jeder Fall anders sei. Sie halte die Erhöhung für die Eigentümer für absolut vertretbar. Bevor man damit beginne darüber nachzudenken, ob man sich ein bestimmtes Schwimmbad nicht mehr leisten könne oder die Sportförderung und die Zuschüsse an die Vereine zu kürzen, spricht sie sich für die Erhöhung aus. Sie betont, dass es um die Erhaltung der Lebensqualität in der Stadt gehe. Auch das Thema Kultur gehöre hier dazu. Es müsse versucht werden nicht nur die Pflichtaufgaben gerade so zu bedienen, sondern auch die Stadt müsse lebenswert, wie sie derzeit auftrete, bleiben. Im Vergleich mit anderen Städten sei diese Erhöhung überschaubar. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll halte dies für absolut vertretbar. Es solle auch bedacht werden, was eine Ablehnung mit der Stadt und dem Klima mache.

Herr Grandmontagne verweist auf die Referentenrunden in den letzten Monaten, wo ziemlich hart miteinander gespart worden sei. Auch seien sachliche und harte Diskussionen mit der Kämmerei geführt worden. Alleine in seinem Bereich konnten einige Millionen eingespart werden. Dies sei bis an die Grenze des verschmerzbaeren vorangetrieben worden. Wenn Herr Grandmontagne aber fortdenke und überlege, dieses Rasenmäherprinzip bei den weiteren Haushaltsjahren anzuwenden, komme er sehr schnell in seinem Bereich bei Institutionen an, wie dem Medizinhistorischen Museum, wo er nicht weiter einsparen könne. Es können hier noch 8.000 Euro eingespart werden, danach könne man es schließen. Es gebe nur noch eine Ausstellung pro Jahr und auch im Bereich der Kongresse und der anderen Dinge sei nichts mehr möglich. Gleichzeitig solle Ingolstadt aber eine wachsende Stadt sein. Man befinde sich auch an dem Punkt, an dem die Bürger merken werden, dass die Leistungen deutlich nach unten gehen. Weiter verweist er auf das große Investitionspaket im Bereich der Schulen und der Bildung. Dies müsse auch finanziert werden. Insofern müsse es neue Einnahmen in diesem Bereich geben, denn dies sei eine Pflichtaufgabe. Herr Grandmontagne befürchte, dass es im Bereich der freiwilligen Aufgaben, bei der Kultur und im Sport, zu irreparablen Schäden kommen könne. Dies solle vermieden werden. Insofern müsse die Stadt auch einen Preis dafür bezahlen.

Stadtrat De Lapuente habe die Diskussion damit begonnen, dass man sich schwertue, aber trotzdem den Rotstift ansetzen müsse, um die Zahlen irgendwie zu bewältigen. Er könne nur anbieten, dass versucht werde, bis zur Stadtratssitzung parteiübergreifend einen gemeinsamen Weg zu diskutieren. Das Thema Wahlkampf dürfe hier nicht mitreinspielen.

So schnell wie Stadtrat De Lapuente gehe sein Sinneswandel nicht, so Stadtrat Stachel. Zum jetzigen Zeitpunkt sei für die FW-Stadtratsfraktion eine Erhöhung des Hebesatzes nicht machbar. Wie bereits begründet müssen zuerst die ganzen Sparmaßnahmen auf den Tisch. Die vorgelegten Listen müssen durchgearbeitet werden um die Summe zu erreichen, die für die Aufstellung des Haushalts nötig sei. Dann könne über die Erhöhung der Grundsteuer gesprochen werden und die Frage geklärt, was man sich noch leisten könne. Dann habe man auch ein Abbild dafür, was bei einer Grundsteueranpassung getan werde. Aber nun im ersten Schritt, bevor die Konsolidierungsgespräche überhaupt begonnen haben, gleich damit anzufangen, sei für ihn kein gangbarer Weg. Er betont, dass er immer für die Einnahmengenerierung und auch für einen ausgeglichenen Haushalt sei. Aber die Reihenfolge müsse eingehalten werden.

Bei den ersten Konsolidierungsrunden habe man sich bewusst im grünen und gelben Bereich zum Teil bewegt, weil auch nach intensiven Vorarbeiten der Verwaltung der Referent auf die roten Bereiche hingewiesen habe. Nun zu sagen, jetzt grase man den roten Bereich ab, sei schon etwas widersprüchlich. Stadtrat Höbusch nehme die aktuelle Diskussionslage mit in die Fraktion und empfiehlt, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Hier sei die soziale Ausgewogenheit ersichtlich, denn man könne das eine nicht tun und das andere lassen. Auch der Städtevergleich zeige dies deutlich.

An Stadtrat Stachel gewandt merkt Stadtrat De Lapuente an, dass das Thema Grundsteuer bereits in den Listen vom Frühjahr aufgeführt gewesen sei. Dies habe man aber, bis der Prozess der Finanzämter vorliege, ausgeklammert. Danach wurde vereinbart, dass man sich separat über die Grundsteuer unterhalte. Das das Thema Grundsteuer nun als erster Punkt angesprochen werde, sei nicht korrekt.

Stadtrat Stachel sei schon klar, worum es hier gehe. Der Prozess der Grundsteuerhebesätze sei bei den grünen Entscheidungen ausgenommen und auf später verschoben worden. Nun sei man in einem neuen Konsolidierungsprozess, wo ganz andere Summen eingespart werden müssen. Vor diesem Gesichtspunkt sei dies aus dem neuen Prozess der erste Schritt der getan werden müsse, bevor man die roten und gelben Listen angehe.

Die Zielsetzung und das Geschäft von Herrn Fleckinger sei, mit entsprechenden Planzahlen einen vorlagefähigen Haushalt 2025 vorlegen zu können. Die jetzige Situation sehe aber ganz anders aus. Bei Bewertung in den Fraktionen müsse schon das Zahlenwerk betrachtet werden. Der Ansatz im Jahr 2024 liege jetzt bei 111 Mio. Euro und beinhalte noch 34 Mio. Euro Nachholungen. D. h., dass diese Nachholungen im nächsten Jahr nicht kommen. Die vorliegenden Planzahlen liegen etwas über 80 Mio. Euro. Hier nehme man noch was von der Gewerbesteuer runter. Herr Fleckinger benötigt somit nicht 530 Punkte, sondern 730 bis 800 Punkte um zu versuchen, einigermaßen vernünftige Einnahmen zu generieren, um immer noch bestehende Lücken in der Finanzierung des Verwaltungshaushalts 25 und fortfolgende ausgleichen zu können. Der Finanzreferent wisse nicht mehr, wo er das Geld hernehmen solle, denn der Stadtrat beschließt auch neue Vorlagen mit Mehrkosten, die wieder mit zusätzlichen Kosten in der Finanzplanung oder im Haushalt hinterlegt seien. Herr Fleckinger betont, dass es für ihn schwer sei, dies noch umzusetzen. Er informiert, dass er die Kämmerei heute beauftragt habe, eine Ausschreibung für eine Kreditaufnahme von 20 Mio. Euro für dieses Jahr vorzubereiten. Diese Mittel seien für die Finanzierung der Investitionen, um überhaupt noch zurecht zu kommen. Auch können Mittel generiert werden, die dann über die Rücklagenzuführung und Rücklagenübertragung erfolgen. Es können im Oktober nicht innerhalb von vier Wochen Millionenbeträge eingespart werden. Herr Fleckinger sei für jede Einsparung froh, aber es werde nicht funktionieren. Insofern werde er diese Beschlussvorlage zur Kreditaufnahme in der kommenden Stadtratssitzung vorlegen müssen, ansonsten habe man keinen Haushalt.

Für Stadtrat Schäuble sei die Diskussion etwas irritierend. Nachdem der Finanzreferent die Vorlage vorgestellt habe, habe der Fraktionsvorsitzende der SPD dieser Vorlage

widersprochen und werfe gleichzeitig allen andern vor, Wahlkampf zu betreiben. Stadtrat Schäuble sei sich nicht sicher inwieweit eine seriöse Diskussion über den Haushalt geführt werde. Bei Betrachtung der Gesamtlage sei man zu sehr im Ausgabemodus. Herr Fleckinger habe Recht, denn der Stadtrat beschließe zu viele Ausgaben. Stadtrat Schäuble glaube, dass der Ernst der Lage noch nicht bei allen angekommen sei. Es müsse sich gefragt werden, was die kommunale Kernaufgabe sei. Bevor er das Gefühl nicht habe, sich ausreichend damit befasst zu haben, wie viel für Netzwerkaktivitäten in Tochtergesellschaften ausgegeben werde, spreche er nicht von Bürgerbelastungen. Wenn all diese Dinge abgearbeitet seien und kein Haushalt zu Stande komme, dann könne man wieder über die Erhöhung des Hebesatzes sprechen. Jetzt sei aber aus seiner Sicht nicht der richtige Zeitpunkt.

Der Antrag wird zurück in die Fraktion und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.